



## Bundestagswahlkampf 2005: Arme kaum im Blick

Liebe Leserinnen und Leser,  
kennen Sie eigentlich die Vorstellungen und Konzepte der unterschiedlichen Parteien zur Entwicklungspolitik? Im laufenden Wahlkampf scheinen sich alle Parteien einig zu sein: Die Armen der Welt sind kein Thema.

Um die genauen Positionen der verschiedenen Parteien zur Entwicklungspolitik herauszuarbeiten, muss man schon selbst recherchieren. Hier helfen vor allem Äußerungen der entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Bundestagsfraktionen wie die Wahlprogramme weiter, auch wenn diese das Thema Entwicklungspolitik nur nachrangig behandeln.

An drei Fragestellungen sollen Ähnlichkeiten wie Unterschiede der parteipolitischen Positionen in Sachen Entwicklungspolitik aufgezeigt werden:

### 1) Grundsätzliche Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ):

**CDU/CSU** verknüpfen die EZ sehr stark mit der Sicherheitspolitik. Dies zeigt sehr deutlich die Überschrift im Wahlprogramm „*Entwicklungszusammenarbeit gehört unverzichtbar zu einer Strategie für die Stabilisierung von Krisenregionen*“.

Ähnlich die **SPD**, die in ihrem Wahlprogramm schreibt: *“Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit ein unverzichtbarer Teil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik”*.

Die **FDP** verbindet die EZ eng mit Außenpolitik, die sie im Rahmen der EU angesiedelt sieht. Außerdem schreibt sie im Wahlprogramm: *“Grundlage jeder Entwicklung sind die Freiheit des Einzelnen, die Einhaltung der Menschenrechte, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit. Nur Regierungen, die die Verantwortung für ihre Bürger und die Entwicklung ihres Landes wirklich übernehmen, haben unsere Hilfe verdient.”* Nach Aussage des entwicklungspolitischen Sprechers Markus Löning sollte dabei stärker privatisiert werden: *„Nichtstaatliche Anbieter sollen bei der Durchführung von Projekten stärker zum Zuge kommen, ...“* (zitiert nach Fachzeitschrift Entwicklung und Zusammenarbeit, E+Z Jg.46.2005:8/9).

**Bündnis 90 / Die Grünen** stellen die EZ in den Kontext Globalisierung und Gerechtigkeit. Im Focus ihres Wahlprogramms steht *“...die Förderung von Landreformen und einer ressourcenschonenden, angepassten Landwirtschaft, die auch den Kleinbauern mehr Entwicklungschancen gibt.”*

Die **Linkspartei.PDS** stellt in ihrem Wahlprogramm die EZ unter den Titel *“Globalisierung gerecht gestalten”*. Gegen eine neoliberale Globalisierung formuliert sie im Wahlprogramm: *„Wir wollen eine soziale und solidarische Gesellschaft. Wir wollen deshalb, dass die Übermacht des Kapitals zurückgedrängt wird, weil sie menschenwürdigem Leben entgegensteht.“*



## 2) Finanzielle Ausstattung der Entwicklungszusammenarbeit

Die Finanzausstattung der EZ sollte im Kontext der Europäischen Union gesehen werden. Wichtig ist, dass am 24.05.2005 die Regierungsvertreterinnen und –vertreter in Brüssel einen Stufenplan zur Erhöhung der Mittel für die EZ beschlossen haben.

Danach soll der Anteil für die öffentliche EZ (ODA) von 0,51 Prozent im Jahr 2010 auf 0,7 Prozent bis 2015 erhöht werden. Wer bislang noch keine 0,51 Prozent für EZ bereit stellt, soll diesen Wert bis spätestens 2010 erreicht haben. Dieser Beschluss ist für alle EU-Mitgliedstaaten bindend.

In ihrem Wahlprogramm sagt die **SPD** die Erhöhung der Finanzausstattung der EZ eindeutig im Rahmen der EU-Beschlüsse zu: Von 2006 bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts.

Auch die **CDU/CSU** steht für eine mittelfristige Steigerung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent, doch unter der Einschränkung: *“... sobald der Zustand von Wirtschaft und Haushalt dies erlaubt.”*

Was die EZ-Finanzierung anbetrifft, finden sich im Wahlprogramm von **Bündnis 90 / Die Grünen** die am weitest reichenden Aussagen. Darin wird nicht nur die Erhöhung auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens angekündigt, sondern es werden auch Vorschläge zur Finanzierung über die Einführung internationaler Steuern (Kerosinsteuer, Tobinsteuer) gemacht.

Auch die **Linkspartei.PDS** will die Anhebung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Allein die **FDP** nennt in ihrem Wahlprogramm keine Zahlen zur zukünftigen Finanzausstattung der EZ. In ihrem Wahlprogramm schreibt sie: *“Die FDP setzt auf Qualität, nicht auf Quantität. ... Außerdem sollten die knappen Mittel den Ärmsten der Armen vorbehalten sein.”* Noch deutlicher ist der FDP-Generalsekretär: *“Angesichts der Haushaltslage und vor allem angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Armen weltweit abnimmt, ist es unehrlich, mehr Mittel für Entwicklungshilfe zu versprechen.”* (zitiert nach VENRO-Rundbrief 22).

## 3) Zukünftige Struktur der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit

Viele, insbesondere in der EZ-Arbeitende, bewegt die Frage nach der zukünftigen Struktur der deutschen EZ. Darüber gibt es eine breite Diskussion mit verschiedenen Spekulationen. Was sagen die Parteien dazu?

Die **SPD** spricht sich in ihrem Wahlprogramm klar für ein eigenständiges Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus. Die entwicklungspolitische Sprecherin Karin Kortmann betont in E+Z (Jg.46.2005:8/9) die multilaterale Ausrichtung deutscher Entwicklungspolitik, die durch die Fortentwicklung der nationalen Strategie des jeweiligen Landes ergänzt wird.



**CDU/CSU** schreiben im Wahlprogramm: „Wir werden uns einsetzen für eine bessere Kohärenz unserer Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik, ...“. Dazu der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Christian Ruck in derselben Ausgabe von E+Z: „Das BMZ sollte zum Schlüsselressort für die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden.“

Von Seiten **Bündnis 90 / Die Grünen** findet sich keine eindeutige Position zur Zukunft des BMZ. Thilo Hoppe, entwicklungspolitischer Sprecher nennt in derselben Ausgabe von E+Z einen weiteren Diskussionspunkt: „Ich habe Zweifel, dass wir durch eine Zusammenlegung von Technischer und Finanzieller Zusammenarbeit die Entwicklungszusammenarbeit qualitativ verbessern, möchte dies aber nicht ganz ausschließen. ... Dennoch gehören unsere Durchführungsorganisationen ergebnisoffen auf den Prüfstand.“ Hierbei geht es um die zukünftige Struktur von KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau / finanzielle Zusammenarbeit), GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit), DED (Deutscher Entwicklungsdienst), CIM (Centrum für internationale Migration und Entwicklung) und InWent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH). Werden sie auch weiterhin als eigenständige Organisationen agieren oder zusammengelegt?

Die **FDP** fordert das Ende eines eigenständigen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ihr entwicklungspolitischer Sprecher Markus Löning schreibt diesbezüglich in derselben Ausgabe von E+Z: „Internationale Zusammenarbeit ist keine exklusive Domäne des BMZ; etliche andere Bundesministerien beteiligen sich daran. Zurzeit gibt es dabei keine politische Steuerung, was zu ineffektivem Nebeneinander führt. Die Gesamtkoordination muss in Zukunft beim Auswärtigen Amt (AA) liegen. Die Trennung von BMZ und AA ist überholt. Eine effiziente Steuerung der deutschen internationalen Zusammenarbeit ist nur gebündelt aus einem Ministerium heraus möglich. BMZ und AA sollten deshalb zusammengelegt werden.“

Am 18. September und den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen werden die Weichen neu gestellt. Auch wenn die Entwicklungspolitik im aktuellen Bundestagswahlkampf über Fachkreise hinaus keine Rolle spielt, ist zu wünschen, dass ihr in der Politik der Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode die wichtige Rolle zukommt, die ihr gebührt.

Jürgen Leonhard